

**No. 34572**

---

**Germany  
and  
European Monetary Institute**

**Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the European Monetary Institute concerning the Headquarters of the Institute. Frankfurt, 12 September 1995**

**Entry into force: with retroactive effect from 1 January 1994, in accordance with article 19**

**Authentic text: German**

**Registration with the Secretariat of the United Nations: Germany, 7 May 1998**

---

**Allemagne  
et  
Institut monétaire européen**

**Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et l'Institut monétaire européen relatif au siège de l'Institut. Frankfort, 12 septembre 1995**

**Entrée en vigueur : avec effet rétroactif à compter du 1er janvier 1994, conformément à l'article 19**

**Texte authentique : allemand**

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Allemagne, 7 mai 1998**

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Abkommen**  
  
**zwischen**  
  
**der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**  
  
**und**  
  
**dem Europäischen Währungsinstitut**  
  
**über**  
  
**den Sitz des Instituts**

**Inhaltsverzeichnis**

<b>Artikel</b>	<b>Gegenstand</b>
	Präambel
1	Begriffsbestimmungen
2	Auslegung, Verweise, Überschriften
3	Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten
4	Unverletzlichkeit der Archive
5	Schutz der Räumlichkeiten
6	Direkte Steuern
7	Indirekte Steuern
8	Waren und Dienstleistungen für Bedienstete
9	Waren- und Dienstleistungsverkehr
10	Befreiung von Einfuhrabgaben für Bedienstete
11	Meldung von Ernennungen, Ausweise
12	Arbeitserlaubnis, Aufenthaltsgenehmigung, Meldepflicht
13	Beitrittsrecht zur gesetzlichen Krankenversicherung
14	Zusammenarbeit
15	Flagge und Emblem
16	Status des Präsidenten
17	Anderungen
18	Beilegung von Streitigkeiten
19	Inkrafttreten, Geltungsdauer

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
das Europäische Währungsinstitut -

im Hinblick auf die Bestimmungen des Artikels 109 Buchstabe f Absatz 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

im Hinblick auf die Bestimmungen der Artikel 13 und 21 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Währungsinstituts,

im Hinblick auf die Bestimmungen des Artikels 23 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften,

angesichts der einvernehmlichen Übereinkunft der Regierungen der Mitgliedstaaten auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vom 29. Oktober 1993, das Europäische Währungsinstitut mit Sitz in Frankfurt in der Bundesrepublik Deutschland zu errichten,

in dem Wunsch, die Vorrechte und Befreiungen des Europäischen Währungsinstituts in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend dem Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften festzulegen -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

1. Die „zuständigen Stellen“ sind die jeweils nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland zuständigen Stellen.
2. Das „EWI“ bezeichnet das Europäische Währungsinstitut.
3. Die „Bediensteten“ sind die Bediensteten des EWI im Sinne des Artikels 4 A der Verordnung Nr 549/69 des Rates vom 25. März 1969 zur Bestimmung der Gruppen von Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, auf welche

die Artikel 12, 13 Absatz 2 und Artikel 14 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften Anwendung finden.

4. Ein „Sachverständiger“ bezeichnet jede Person, die Dienstleistungen für das EWI erbringt, ohne einem Arbeitsvertrag mit diesem zu unterliegen.
5. Die „Regierung“ bezeichnet die Regierung der Bundesrepublik Deutschland.
6. „Amtliche Tätigkeiten“ sind alle nach Maßgabe der Bestimmungen des Vertrages und der Satzung ausgeführten Tätigkeiten sowie alle Tätigkeiten, die zur Erfüllung der vertraglichen und satzungsgemäßen Ziele und Aufgaben erforderlich sind.
7. Die „Räumlichkeiten“ umfassen das Grundstück, die Gebäude und die Gebäudeteile einschließlich der Zugangseinrichtungen, die für die amtlichen Tätigkeiten des EWI genutzt werden.
8. Der „Präsident“ ist der gemäß den Bestimmungen des Artikels 9 der Satzung ernannte Präsident des EWI.
9. Das „Protokoll“ ist das dem Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften in der Fassung vom 7. Februar 1992 als Anlage beigefügte Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften.
10. Die „Satzung“ ist das Protokoll über die Satzung des EWI.
11. Der „Vertrag“ ist der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der Fassung vom 7. Februar 1992.

## Artikel 2

### Auslegung, Verweise, Überschriften

1. Dieses Abkommen ist im Sinne des wesentlichen Zieles auszulegen, das EWI in die Lage zu versetzen, sowohl seine Verpflichtungen in der Bundesrepublik Deutschland als auch seine Ziele und Aufgaben im vollen Umfang und wirkungsvoll zu erfüllen.

2. Sofern nichts Gegenteiliges bestimmt ist, handelt es sich bei in diesem Abkommen enthaltenen Verweisen auf Artikel um Verweise auf Artikel dieses Abkommens.
3. Die Überschriften zu den Artikeln dieses Abkommens dienen lediglich der Vereinfachung und berühren weder den Inhalt noch die Auslegung der Artikel.

### Artikel 3

#### Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten

Die in Artikel 1 des Protokolls genannte Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten bedeutet:

1. Im Auftrag der Verwaltung, der Justiz, des Militärs oder der Polizei auftretende Regierungsbeamte oder hoheitlich handelnde Personen dürfen die Räumlichkeiten des EWI nur mit Zustimmung des Präsidenten und zu von diesem genehmigten Bedingungen betreten. Im Falle eines Brandes oder anderer, umgehende Schutzmaßnahmen erfordernder Notfälle darf diese Zustimmung als gegeben angesehen werden.
2. Zustellungen in Verwaltungs- und gerichtlichen Verfahren in den Räumlichkeiten des EWI stellen keinen Bruch der Unverletzlichkeit dar.

### Artikel 4

#### Unverletzlichkeit der Archive

Die in Artikel 2 des Protokolls festgelegte Unverletzlichkeit der Archive gilt für alle Akten, Schreiben, Dokumente, Manuskripte, Fotografien, Film- und Tonaufzeichnungen, Rechnerprogramme und Magnetbänder oder Disketten, die sich im Eigentum oder Besitz des EWI befindliche Daten enthalten

## Artikel 5

### Schutz der Räumlichkeiten

(1) Die Regierung unterliegt einer Verpflichtung zur Ergreifung geeigneter Maßnahmen zum Schutz der Räumlichkeiten des EWI gegen unbefugtes Eindringen oder Beschädigungen aller Art sowie zur Verhinderung von Beeinträchtigungen seiner Funktionsfähigkeit durch Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung.

(2) Das EWI unternimmt angemessene Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen der Umgebung seiner Räumlichkeiten durch deren Verwendung.

(3) Das EWI kann innerhalb seiner Räumlichkeiten bewaffnetes Personal einsetzen. Soweit Bedienstete oder Gäste des EWI durch die Art ihrer dienstlichen Stellung oder Tätigkeit erheblich gefährdet sind, gilt dies auch außerhalb seiner Räumlichkeiten. Entsprechende Anträge des EWI sind an die zuständige deutsche Behörde zu richten, die hierüber nach Maßgabe der deutschen Rechtsvorschriften entscheidet. Der Waffengebrauch ist nur im Rahmen des Notwehrrechts zulässig.

## Artikel 6

### Direkte Steuern

(1) Das EWI wird von allen direkten Steuern befreit, die von der Bundesrepublik Deutschland, den Ländern oder ihren Gebietskörperschaften erhoben werden. Zu den direkten Steuern zahlen insbesondere die

- a) Einkommensteuer,
- b) Körperschaftsteuer,
- c) Gewerbesteuer,
- d) Vermögensteuer,
- e) Grundsteuer,
- f) Grunderwerbsteuer,

(2) Auf Antrag sind die Dienstfahrzeuge des EWI von der Kraftfahrzeugsteuer befreit.

(3) Von den Abgaben, die lediglich die Vergütung für Leistungen allgemeiner Versorgungsbetriebe darstellen, wird keine Befreiung gewährt.

#### Artikel 7

##### Indirekte Steuern

(1) In Anwendung des Artikels 3 Absatz 2 des Protokolls erstattet das Bundesamt für Finanzen aus dem Aufkommen der Umsatzsteuer auf Antrag die dem EWl von Unternehmern gesondert in Rechnung gestellte Umsatzsteuer für deren Lieferungen und sonstige Leistungen an das EWl, wenn diese Umsätze ausschließlich für die amtliche Tätigkeit des EWl bestimmt sind. Voraussetzung ist, daß der für diese Umsätze geschuldete Steuerbetrag im Einzelfall fünfzig Deutsche Mark übersteigt und vom EWl an die Unternehmer bezahlt worden ist. Mindert sich der erstattete Steuerbetrag nachträglich, so unterrichtet das EWl das Bundesamt für Finanzen hiervon und zahlt den Minderungsbetrag zurück.

(2) In Anwendung des Artikels 3 Absatz 2 des Protokolls erstattet das Bundesamt für Finanzen auf Antrag dem EWl ferner die im Preis enthaltene Mineralölsteuer für Benzin, Dieselmotorkraftstoff und Heizöl, wenn der Bezug nur für die amtliche Tätigkeit des EWl bestimmt ist und der Steuerbetrag im Einzelfall fünfzig Deutsche Mark übersteigt.

#### Artikel 8

##### Waren und Dienstleistungen für Bedienstete

Für Waren und Dienstleistungen, welche das EWl zum persönlichen Nutzen der Bediensteten erwirbt, einführt oder in Anspruch nimmt, wird keine Entlastung nach Artikel 3 oder 4 des Protokolls gewährt.

#### Artikel 9

##### Waren- und Dienstleistungsverkehr

(1) Wird ein Gegenstand, den das EWl für seine amtliche Tätigkeit erworben oder eingeführt hat und für dessen Erwerb oder Einfuhr ihm Entlastung von der Umsatzsteuer oder Einfuhrumsatzsteuer nach Artikel 3 Absatz 2 oder Artikel 4 des Protokolls gewährt worden



ist, entgeltlich oder unentgeltlich abgegeben, vermietet, verliehen oder übertragen, so ist der Teil der Umsatzsteuer oder Einfuhrumsatzsteuer, der dem Veräußerungspreis oder bei unentgeltlicher Abgabe, Vermietung, Leihe oder Übertragung dem Zeitwert des Gegenstandes entspricht, an das Bundesamt für Finanzen abzuführen. Der abzuführende Steuerbetrag kann aus Vereinfachungsgründen durch Anwendung des im Zeitpunkt der Abgabe, Vermietung, Leihe oder Übertragung des Gegenstands geltenden Steuersatzes ermittelt werden.

(2) Die vom EWI unter den in Artikel 4 des Protokolls genannten Bedingungen zollfrei eingeführten Waren dürfen nur dann entgeltlich oder unentgeltlich abgegeben, vermietet, verliehen oder übertragen werden, wenn die zuständige Zollstelle vorher unterrichtet und die entsprechenden Zölle bezahlt worden sind. Die zu entrichtenden Zölle werden auf der Grundlage des Zeitwerts dieser Waren berechnet

(3) Erbringt das EWI über die Tätigkeit nach Absatz 1 hinaus Lieferungen und sonstige Leistungen, so unterliegen diese nach Maßgabe des geltenden deutschen Rechts der Umsatzsteuer. Artikel 23 des Protokolls bleibt hiervon unberührt.

#### Artikel 10

##### Befreiung von Einfuhrabgaben für Bedienstete

Bei erstmaliger Aufnahme ihrer Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland werden Bedienstete des EWI und die in ihrem Haushalt lebenden Familienmitglieder hinsichtlich der Einfuhr von in ihrem Besitz befindlichem Übersiedlungsgut von der Zahlung von Einfuhrabgaben befreit. Das gleiche gilt für Kraftfahrzeuge, jedoch hinsichtlich deren Einfuhr aus Drittländern nur, wenn sie dort vor der Einfuhr mindestens für einen Zeitraum von sechs Monaten von dem Bediensteten benutzt worden sind. Derartige Waren sind in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach der ersten Einreise solcher Personen in die Bundesrepublik Deutschland einzuführen; in begründeten Fällen wird diese Zeitspanne jedoch verlängert. Führen solche Personen nach Beendigung ihrer Tätigkeit diesem Absatz unterliegende Waren wieder aus, sind sie von der Zahlung jeglicher Abgaben auf solche Ausfuhren befreit (ausgenommen Zahlungen für Dienstleistungen). Die in diesem Absatz angesprochenen Vorrechte unterliegen den Bedingungen für die Überlassung von abgabefrei in die Bundesrepublik Deutschland eingefuhrten Waren sowie den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Beschränkungen auf Ein- und Ausfuhren.

## Artikel 11

### Meldung von Ernennungen, Ausweise

(1) Das EWI unterrichtet die Regierung über Aufnahme und Beendigung der Tätigkeit aller Bediensteten und Sachverständigen. Darüber hinaus übermittelt das EWI der Regierung jährlich eine Liste mit Namen und Wohnungsanschrift aller solcher Bediensteten und Sachverständigen. In beiden Fällen gibt es an, ob die betreffenden Personen Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland sind oder nicht. Die mitgeteilten Daten dürfen nur dazu verwendet werden, den von dem Erfordernis der Aufenthaltsgenehmigung und der Arbeitserlaubnis befreiten Personenkreis zu bestimmen sowie Meldungen an die zuständigen Finanzbehörden zu ermöglichen.

(2) Die Regierung stellt auf Wunsch des EWI den ausländischen Bediensteten und allen in den Haushalten von Bediensteten lebenden ausländischen Familienmitgliedern einen persönlichen Ausweis aus, der Namen, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit und die Nummer des Reisepasses oder des nationalen Personalausweises angibt und mit einem Foto sowie einer Unterschrift versehen ist.

(3) Der in Artikel 11 Absatz 2 genannte Ausweis stellt kein anerkanntes Paßersatzpapier dar, das zum Grenzübertritt berechtigt.

## Artikel 12

### Arbeitserlaubnis, Aufenthaltsgenehmigung, Meldepflicht

(1) Die Bediensteten des EWI, die ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ausüben, deren im Haushalt lebende Ehegatten und deren im Haushalt lebende Kinder, die noch nicht 21 Jahre alt sind oder denen der Bedienstete Unterhalt gewährt, benötigen keine Arbeitserlaubnis, selbst wenn sie nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen.

(2) Die Bediensteten des EWI und die in ihrem Haushalt lebenden Ehegatten, Kinder und sonstigen Familienmitglieder, die über ausreichende eigene Einkünfte verfügen oder denen der Bedienstete Unterhalt gewährt, benötigen keine Aufenthaltsgenehmigung und unterlie-

gen nicht den Vorschriften über die Meldepflicht für Ausländer, sofern sie im Besitz des in Artikel 11 Absatz 2 genannten Ausweises sind.

(3) Die gesetzlichen Meldepflichten, denen auch deutsche Staatsangehörige unterliegen, bleiben unberührt.

#### Artikel 13

##### Beitrittsrecht zur gesetzlichen Krankenversicherung

Bedienstete des EWI, deren Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung durch Beschäftigung beim EWI endete, können der gesetzlichen Krankenversicherung in entsprechender Anwendung des § 9 Absatz 1 Nummer 5 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch beitreten, wenn sie innerhalb von zwei Monaten nach Beendigung der Tätigkeit beim EWI wieder eine Beschäftigung aufnehmen. Der Beitritt ist der Krankenkasse innerhalb von drei Monaten nach Aufnahme der Beschäftigung anzuzeigen.

#### Artikel 14

##### Zusammenarbeit

Das EWI verpflichtet sich, zu jeder Zeit mit den zuständigen Behörden zusammenzuarbeiten, um einen Mißbrauch der in diesem Abkommen vorgesehenen Vorrechte, Befreiungen, Immunitäten und Erleichterungen vorzubeugen.

#### Artikel 15

##### Flagge und Emblem

Das EWI hat das Recht, seine Flagge und sein Emblem an seinen Räumlichkeiten und seinen Dienstfahrzeugen zu hissen bzw. anzubringen.

#### Artikel 16

##### Status des Präsidenten

Dem Präsidenten werden der Diplomatenstatus und die damit verbundenen Vorrechte und Immunitäten nach dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen gewährt.

#### Artikel 17

##### Anderungen

Auf Wunsch einer der Vertragsparteien finden Konsultationen bezüglich der Umsetzung, Änderung oder Erweiterung dieses Abkommens statt.

#### Artikel 18

##### Beilegung von Streitigkeiten

Streitigkeiten zwischen der Regierung und dem EWI hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar von den Vertragsparteien beigelegt werden können, können gemäß Artikel 19 Absatz 4 der Satzung von jeder Vertragspartei dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt werden.

#### Artikel 19

##### Inkrafttreten, Geltungsdauer

(1) Dieses Abkommen tritt rückwirkend zum 1. Januar 1994 in Kraft, sobald die Regierung dem Europäischen Währungsinstitut notifiziert hat, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Die Vorrechte und Befreiungen nach den Artikeln 29 bis 31 des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen werden abweichend vom Satz 1 vom ersten Tage nach der Notifizierung an gewährt.

(2) Dieses Abkommen gilt für die Dauer der Gültigkeit des Vertrags, der Satzung und des Protokolls in der Bundesrepublik Deutschland.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehong befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

Geschehen zu Frankfurt am Main am 12. September 1995, in zwei Urschriften, jede in deutscher Sprache, beide gleichermaßen verbindlich

Für die Regierung der  
Bundesrepublik Deutschland

*H. Thun*  
*H. Thun*

Für das  
Europäische Währungsinsttut

*A. Lambert*

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE EUROPEAN MONETARY INSTITUTE CONCERNING THE HEADQUARTERS OF THE INSTITUTE

TABLE OF CONTENTS

<i>Article</i>	<i>Subject</i>
	Preamble
1	Definitions
2	Interpretation, references and headings
3	Inviolability of premises
4	Inviolability of archives
5	Protection of premises
6	Direct taxes
7	Indirect taxes
8	Goods and services for employees
9	Disposal of goods and services
10	Exemption from import duty for employees
11	Notification of appointments and personal identity cards
12	Work permits, residence permits and compulsory registration
13	Eligibility for membership of the statutory health insurance scheme
14	Cooperation
15	Flag and emblem
16	Status of the President
17	Amendments
18	Settlement of disputes
19	Entry into force and duration

The Government of the Federal Republic of Germany and the European Monetary Institute,

Having regard to the provisions of article 109 f, subparagraph 1, of the Treaty establishing the European Community,<sup>1</sup>

Having regard to the provisions of articles 13 and 21 of the Protocol on the Statute of the European Monetary Institute,

Having regard to the provisions of article 23 of the Protocol on the Privileges and Immunities of the European Communities,<sup>2</sup>

In view of the unanimous agreement reached by the Heads of State and Government of the member States on 29 October 1993 to establish the European Monetary Institute with its headquarters at Frankfurt in the Federal Republic of Germany,

Desiring to stipulate the privileges and immunities of the European Monetary Institute in the Federal Republic of Germany in accordance with the Protocol on the Privileges and Immunities of the European Communities,

Have agreed as follows:

#### *Article 1. Definitions*

1. The "competent authorities" are the competent authorities in accordance with the laws in force in the Federal Republic of Germany.

2. "EMI" means the European Monetary Institute.

3. "Employees" are EMI employees within the meaning of article 4A of Council directive No. 549/69 of 25 March 1969, which defines groups of officials and other employees of the European Communities to whom article 12, article 13, paragraph 2, and article 14 of the Protocol on the Privileges and Immunities of the European Communities apply.

4. An "expert" means any person who provides EMI with services without being bound to it by a contract of employment.

5. The "Government" means the Government of the Federal Republic of Germany.

6. "Official activities" are all activities carried out in accordance with the terms of the Treaty and the Statute, together with all activities required to achieve the aims and discharge the tasks provided for under the Treaty and the Statute.

7. The "premises" means the site, buildings and parts of buildings, including access installations, that are used for the official activities of EMI.

8. The "President" is the EMI President duly appointed in accordance with the provisions of article 9 of the Statute.

---

1. United Nations, *Treaty Series*, vol. 298, p. 3 (English translation); vol. 294, p. 3 (authentic French text); vol. 295, p. 2 (authentic German text); vol. 296, p. 2 (authentic Italian text); vol. 297, p. 2 (authentic Dutch text); vol. 1376, p. 138 (authentic Danish text); vol. 1377, p. 6 (authentic English text); vol. 1378, p. 6 (authentic Irish text); vol. 1383, p. 146 (authentic Greek text); vol. 1452, p. 306 (authentic Portuguese text), and vol. 1453, p. 332 (authentic Spanish text).

2. *Ibid.*, vol. 298, p. 140.

9. The "Protocol" is the Protocol on the Privileges and Immunities of the European Communities annexed to the Treaty for the Establishment of a Single Parliament and a Single Commission of the European Communities in the version of 7 February 1992.<sup>1</sup>

10. The "Statute" is the Protocol on the EMI Statute.

11. The "Treaty" is the Treaty for the Establishment of the European Community in the 7 February 1992 version.

*Article 2. Interpretation, references and headings*

1. This Agreement is to be interpreted as having the fundamental goal of enabling EMI to discharge its duties in the Federal Republic of Germany and accomplish its goals and tasks fully and effectively.

2. Unless otherwise stated, any articles referred to in this Agreement are articles of this Agreement.

3. Article headings are used in this Agreement merely for the purposes of simplification and have no bearing on either the substance or the interpretation of the articles.

*Article 3. Inviolability of premises*

The inviolability of premises to which article 1 of the Protocol refers means:

1. Government officials acting on behalf of the administrative, judicial, military or police authorities or of other sovereign persons may enter EMI premises only with the consent of and subject to the conditions stipulated by the President. In the case of fire or other emergencies requiring urgent protective measures, such consent may be taken as having been granted.

2. Deliveries made to the EMI premises in connection with administrative and judicial proceedings shall not constitute a breach of inviolability.

*Article 4. Inviolability of archives*

The inviolability of the archives referred to in article 2 of the Protocol shall apply to all files, correspondence, documents, manuscripts, photographs, films, sound recordings, computer programs and magnetic tapes or diskettes belonging to or held by EMI and containing data therein.

*Article 5. Protection of premises.*

(1) The Government has an obligation to take appropriate measures to protect the EMI premises against unauthorized entry or damage of any kind and to prevent impediments to its functioning by breaches of public security or disturbances of the peace.

(2) EMI shall adopt appropriate measures to prevent any prejudice to the area in and around its premises.

---

1. United Nations, *Treaty Series*, vol. 1757, 1-30615 (authentic English and French texts); vol. 1755, 1-30615 (authentic Spanish and Danish texts); vol. 1756, 1-30615 (authentic German and Greek texts); vol. 1758, 1-30615 (authentic Irish and Italian texts); and vol. 1759, 1-30615 (authentic Dutch and Portuguese texts).



(3) EMI may employ armed personnel on its premises. Insofar as EMI employees or guests, by virtue of their function or activities, are at increased risk, the same shall also apply outside its premises. Corresponding requests shall be submitted by EMI to the competent German authority, which shall decide thereon in accordance with German legislation. The use of weapons is permitted only for the purposes of self-defence.

*Article 6. Direct taxes*

(1) EMI shall be exempt from all direct taxes levied by the Federal Republic of Germany, a Land or a Gebietskörperschaft (regional or local authority). In particular, direct taxes shall include:

- (a) "Einkommensteuer" (income tax),
- (b) "Körperschaftsteuer" (corporation tax),
- (c) "Gewerbsteuer" (trade tax),
- (d) "Vermögensteuer" (property tax),
- (e) "Grundsteuer" (land tax),
- (f) "Grunderwerbsteuer" (land transfer duty).

(2) EMI service vehicles shall, upon request, be exempt from road tax.

(3) No exemption shall be granted from taxes which merely represent remuneration for the provision of services by general suppliers.

*Article 7. Indirect taxes*

(1) Pursuant to article 3, paragraph 2, of the Protocol, the Federal Finance Office shall, upon request, refund out of revenue from turnover tax, turnover tax charged to EMI by undertakings in respect of deliveries and other services rendered to it insofar as such transactions are performed exclusively for the official activities of EMI. Such reimbursement shall be made only if the amount of tax due for an individual transaction exceeds 50 deutsche mark and has been paid by EMI to the undertaking. If the amount of tax is subsequently reduced, EMI shall notify the Federal Finance Office and repay the amount of the reduction.

(2) Pursuant to article 3, paragraph 2, of the Protocol, the Federal Finance Office shall also, at the request of EMI, refund the tax on hydrocarbons included in prices in respect of petrol, diesel fuel and heating oil paid in connection exclusively with official activities where the amount of tax due for an individual transaction exceeds 50 deutsche mark.

*Article 8. Goods and services for employees*

Goods and services which EMI purchases, imports or uses for the personal use of employees shall not benefit from the exemption provided for under articles 3 or 4 of the Protocol.

*Article 9. Disposal of goods and services*

(1) If an article purchased or imported by EMI for its official activities in respect of which exemption from turnover tax or import turnover tax has been granted pursuant to ar-

ticle 3, paragraph 2, or article 4 of the Protocol is disposed of, hired out, lent or transferred, whether or not in return for payment, the amount of turnover tax or import turnover tax corresponding to the selling price or, in the case of disposal without payment, hiring out, lending or transfer, the amount corresponding to the current value of the article, shall be paid to the Federal Finance Office. For the sake of simplicity, the amount of tax payable may be determined by applying the taxation rate applicable at the time of disposal, hiring out, lending or transfer of the article.

(2) Goods imported duty-free by EMI under the conditions laid down in article 4 of the Protocol may not be disposed of, hired out, lent or transferred whether or not in return for payment unless the appropriate customs authority has been notified beforehand and any duties have been paid. The duties payable shall be calculated on the basis of the current value of the goods.

(3) Any deliveries made or services provided by EMI in addition to the activities referred to in paragraph I shall in accordance with German law in force be subject to turnover tax. Article 23 of the Protocol shall not be prejudiced thereby.

*Article 10. Exemption from import duty for employees*

At the time of their first taking up their post in the Federal Republic of Germany, EMI employees and family members living in their household shall be exempt from import duty in respect of the import of relocated property belonging to them. The same shall apply to motor vehicles imported from third States only if such vehicles were used there by the employee for a period of at least six months prior to being imported. Such goods shall normally be imported within twelve months of the date on which such persons enter the Federal Republic of Germany; if warranted, however, such period may be extended. Should such persons on termination of their duties re-export the goods for which this article provides, they shall be exempt from the payment of all export duties (excluding payments for services). The privileges referred to in this article are subject to the conditions governing the exemption of articles from import duty in the Federal Republic of Germany as well as import and export restrictions in force in the Federal Republic of Germany.

*Article 11. Notification of appointments and personal identity cards*

(1) EMI shall notify the Government when any employee or expert takes up or relinquishes his duties. Furthermore, EMI shall each year transmit to the Government a list of the names and addresses of all such employees and experts. It shall in each case indicate whether or not the person concerned is a national of the Federal Republic of Germany. The information transmitted may be used only to determine which persons do not require a residence permit and a work permit and to facilitate notification of the competent financial authorities.

(2) At the request of EMI, the Government shall provide foreign employees and all foreign members of their families forming part of their household with a personal identity card stating name, date and place of birth, nationality and number of passport or national identity card, and bearing a photograph and signature.

(3) The personal identity card to which article 11, paragraph 2, refers shall not be deemed as constituting a substitute passport authorizing the crossing of borders.

*Article 12. Work permits, residence permits and compulsory registration*

(1) EMI employees exercising their functions in the Federal Republic of Germany, together with their spouses and their children forming part of their households who are under 21 years of age or who are the employee's dependants, shall not need a work permit, even if they are nationals of a State other than a member State of the European Union.

(2) EMI employees and their spouses, children and other family members forming part of their household who dispose of sufficient personal income or who are the employee's dependants, shall not require a residence permit and shall not be subject to the provisions governing aliens' registration, provided that they hold the personal identity card referred to in article 11, paragraph 2.

(3) Statutory registration requirements, to which German nationals are also subject, shall not be affected.

*Article 13. Eligibility for membership of the statutory health insurance scheme*

EMI employees, whose membership of the statutory health insurance scheme ceases upon taking up employment with EMI, may, in accordance with section 9 (1) 5 of Book V of the Social Welfare Code, *mutatis mutandis*, join the statutory health insurance scheme, if they take up new employment within two months of the termination of their employment with EMI. Entry must be notified to the sick fund within three months of commencement of employment.

*Article 14. Cooperation*

EMI undertakes to cooperate with the competent authorities as and when required in order to prevent abuse of the privileges, exemptions, immunities and concessions provided for in this Agreement.

*Article 15. Flag and emblem*

EMI is entitled to fly or display its flag and emblem at its premises and on official vehicles.

*Article 16. Status of the President*

The President shall in accordance with the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1961<sup>1</sup> be granted diplomatic status and the privileges and immunities attached thereto.

*Article 17. Amendments*

At the request of either Contracting Party, consultations shall take place on the implementation, amendment or extension of this Agreement.

---

1. United Nations, *Treaty Series*, vol. 500, p. 95.

*Article 18. Settlement of disputes*

Any dispute between the Government and EMI arising from the interpretation or application of this Agreement which cannot be settled directly between the Contracting Parties may under article 19, paragraph 4, of the Statute be submitted by either Party to the European Court of Justice.

*Article 19. Entry into force and duration*

(1) This Agreement shall enter into force retroactively as from 1 January 1994, once the Government has notified the European Monetary Institute that the necessary domestic requirements have been fulfilled for its entry into force. The privileges and immunities to which articles 29 to 31 of the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1961 refer shall be granted, notwithstanding the first sentence of this paragraph, from the first day following notification.

(2) This Agreement shall apply for as long as the Treaty, Statute and Protocol remain in force in the Federal Republic of Germany.

In witness whereof, the duly authorized plenipotentiaries have signed this Agreement.

Done at Frankfurt on Main on 12 September 1995, in two originals, each in the German language, both texts being equally authentic.

FOR THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:

THEO WAIGEL SCHÖNFELDER

FOR THE EUROPEAN MONETARY INSTITUTE:

A. LAMFALUSSY

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE  
D'ALLEMAGNE ET L'INSTITUT MONÉTAIRE EUROPÉEN RELATIF  
AU SIÈGE DE L'INSTITUT

TABLE DES MATIÈRES

<i>Article</i>	<i>Sujet</i>
	Préambule
1	Définitions
2	Interprétation, références, rubriques
3	Inviolabilité des locaux
4	Inviolabilité des archives
5	Protection des locaux
6	Impôts directs
7	Impôts indirects
8	Fournitures de marchandises et prestations de services aux agents de l'IME
9	Opérations concernant les fournitures de marchandises et prestations de services
10	Exonération des taxes d'importation pour les agents de l'IME
11	Notification des nominations, documents d'identité
12	Permis de travail, permis de séjour, enregistrement obligatoire
13	Droit d'affiliation au régime légal d'assurance maladie
14	Coopération
15	Drapeau et emblème
16	Statut du Président
17	Modifications
18	Règlement des différends
19	Entrée en vigueur, durée de validité

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et l'Institut monétaire européen,

Vu les dispositions du premier paragraphe de l'article 109 f du Traité instituant la Communauté européenne<sup>1</sup>,

Vu les dispositions des articles 13 et 21 du Protocole relatif au statut de l'Institut monétaire européen,

Vu les dispositions de l'article 23 du Protocole relatif aux privilèges et immunités des Communautés européennes,<sup>2</sup>

Vu la décision unanime des gouvernements des Etats membres au niveau des chefs d'Etat ou de gouvernement du 29 octobre 1993 d'instituer l'Institut monétaire européen et d'établir son siège à Francfort en République fédérale d'Allemagne,

Désireux de définir les privilèges et immunités de l'Institut monétaire européen conformément au Protocole relatif aux privilèges et immunités des Communautés européennes,

Sont convenus de ce qui suit :

#### *Article premier. Définitions*

1. Les autorités compétentes sont dans chaque cas les autorités compétentes conformément aux lois de la République fédérale d'Allemagne.

2. Le sigle IME désigne l'Institut monétaire européen.

3. Les "agents" sont les membres du personnel de l'IME au sens de l'article 4A de l'ordonnance No 549/69 du Conseil du 25 mars 1969 définissant les catégories de fonctionnaires et d'autres employés des Communautés européennes auxquels s'appliquent les articles 12, 13 paragraphe 2 et 14 du Protocole relatif aux privilèges et immunités des Communautés européennes.

4. Un expert désigne toute personne qui fournit des prestations de service à l'IME sans être liée à celui-ci par un contrat de travail.

5. Le "Gouvernement" désigne le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

6. Les "fonctions officielles" désignent toutes les fonctions assumées conformément aux dispositions du Traité et des Statuts ainsi que toutes les activités nécessaires pour atteindre les objectifs et mener à bien les tâches découlant du Traité et des Statuts.

7. Les "locaux" comprennent le terrain, les bâtiments et les parties de bâtiment, y compris les installations d'accès, qui sont utilisés aux fins des activités officielles de l'IME.

---

1. Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 294, p. 3 (texte authentique français); vol. 295, p. 3 (texte authentique allemand); vol. 296, p. 3 (texte authentique italien); vol. 297, p. 3 (texte authentique néerlandais); vol. 298, p. 3 (traduction anglaise); vol. 1376, p. 138 (texte authentique danois); vol. 1377, p. 6 (texte authentique anglais); vol. 1378, p. 6 (texte authentique irlandais); vol. 1383, p. 146 (texte authentique grec); vol. 1452, p. 306 (texte authentique portugais), et vol. 1453, p. 332 (texte authentique espagnol).

2. *Ibid.*, vol. 294, p. 216.

8. Le "Président" est le Président de l'IME nommé conformément aux dispositions de l'article 9 des Statuts.

9. Le "Protocole" est le Protocole relatif aux privilèges et immunités des Communautés européennes joint en annexe au Traité instituant un Conseil commun et une Commission commune des Communautés européennes dans sa version du 7 février 1992<sup>1</sup>.

10. Les "Statuts" désignent le Protocole sur les statuts de l'IME.

11. Le "Traité" est le Traité instituant la Communauté européenne dans sa version du 7 février 1992.

#### *Article 2. Interprétation références rubriques*

1. Le présent Accord doit être interprété dans le sens de l'objectif important qui consiste à mettre l'IME en mesure aussi bien de respecter ses engagements dans la République fédérale d'Allemagne que d'atteindre ses objectifs et s'acquitter pleinement et efficacement de ses tâches.

2. Sauf disposition contraire lorsque le présent Accord comporte des références à des articles, il s'agit de références à des articles du présent Accord.

3. Les titres des articles du présent Accord n'ont été adoptés qu'à des fins de simplification et ne concernent ni le contenu ni l'interprétation des articles.

#### *Article 3. Inviolabilité des locaux*

L'inviolabilité des locaux mentionnée à l'article premier du Protocole signifie que :

1. Les fonctionnaires du Gouvernement ou les personnes agissant au nom de l'Etat ne peuvent pénétrer dans les locaux de l'IME qu'avec l'autorisation du Président et aux conditions agréées par lui. En cas d'incendie ou dans d'autres cas d'urgence exigeant des mesures de protection immédiates, cet agrément est considéré comme accordé.

2. Les significations effectuées dans les locaux de l'IME dans le cadre de procédures administratives ou judiciaires ne constituent pas une atteinte à l'inviolabilité de ces locaux.

#### *Article 4. Inviolabilité des archives*

L'inviolabilité des archives mentionnée à l'article 2 du Protocole vaut pour tous les actes écrits documents manuscrits photographies enregistrements cinématographiques et sonores programmes de calcul bandes magnétiques ou disquettes contenant des données qui appartiennent à l'IME ou sont en sa possession.

#### *Article 5. Protection des locaux*

1) Le Gouvernement s'engage à prendre des mesures appropriées pour protéger les locaux de l'IME contre une intrusion non autorisée ou des dommages éventuels de quelque nature qu'ils soient et pour empêcher que des troubles de l'ordre public ou de la sécurité ne nuisent à sa capacité de fonctionnement.

---

1. Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1757, I-30615 (textes authentiques anglais et français); vol. 1755, I-30615 (textes authentiques espagnol et danois); vol. 1756, I-30615 (textes authentiques allemand et grec); vol. 1758, I-30615 (textes authentiques irlandais et italien); et vol. 1759, I-30615 (textes authentiques néerlandais et portugais)

2) L'IME prend des mesures appropriées pour éviter que l'utilisation de ses locaux ne porte préjudice à son environnement.

3) L'IME peut recourir aux services d'un personnel armé à l'intérieur de ses locaux. Dans la mesure où des agents ou des visiteurs de l'IME sont exposés à des risques importants cette disposition s'applique aussi en dehors de ses locaux. Des demandes correspondantes doivent être adressées aux autorités allemandes qui se prononcent à ce sujet en se référant aux prescriptions de la législation allemande. L'utilisation d'armes n'est autorisée que dans le cadre des dispositions légales relatives à la légitime défense.

#### *Article 6. Impôts directs*

1) L'IME est exempté de tous les impôts directs perçus par la République fédérale d'Allemagne les Länder ou leurs collectivités territoriales. Les impôts directs sont en particulier les suivants :

- a) L'impôt sur le revenu
- b) L'impôt sur les sociétés
- c) La patente
- d) L'impôt sur la fortune
- e) L'impôt foncier
- f) L'impôt sur les acquisitions de terrains.

2) Si la demande en est faite les véhicules de service de l'IME sont exonérés de la taxe sur les véhicules automobiles.

3) Il n'est pas prévu d'exonération pour les taxes qui représentent seulement le paiement de fournitures d'entreprises d'utilité publique.

#### *Article 7. Impôts indirects*

1) Conformément au paragraphe 2 de l'article 3 du Protocole l'administration fédérale des finances rembourse à l'IME sur sa demande par prélèvement sur le produit de l'impôt sur le chiffre d'affaires le montant de l'impôt qui lui a été facturé à part par les chefs d'entreprise pour les marchandises qu'ils lui ont fournies à condition que ces transactions aient été effectuées exclusivement pour lui permettre d'exercer ses activités officielles. Le montant de l'impôt dû au titre de ces transactions doit être supérieur à 50 DM dans chaque cas et avoir été versé par l'IME aux chefs d'entreprise. Si le montant de l'impôt remboursé est réduit ultérieurement l'IME le notifie à l'administration fédérale des finances et rembourse la différence.

2) En application du paragraphe 2 de l'article 3 du Protocole l'administration fédérale des finances rembourse à l'IME sur sa demande la taxe sur les hydrocarbures figurant dans le prix de l'essence du carburant diesel et du fioul si l'achat est motivé uniquement par les activités officielles de l'IME et si le montant de l'impôt dépasse 50 DM dans chaque cas.



*Article 8. Fournitures de marchandises et prestations de services aux agents de l'IME*

En ce qui concerne les marchandises que l'IME achète ou importe et les prestations de services auxquels il a recours pour répondre aux besoins personnels de ses agents il n'est accordé aucune exonération au titre des articles 3 ou 4 du Protocole.

*Article 9. Opérations concernant les fournitures de marchandises et prestations de services*

1) Si un objet acquis ou importé par l'IME pour l'exercice de ses activités officielles en exonération de l'impôt sur le chiffre d'affaires ou de l'impôt sur le chiffre d'affaires à l'importation en vertu des dispositions du paragraphe 2 de l'article 3 ou de l'article 4 du Protocole est donné loué prêté ou transféré à titre gracieux ou onéreux la part de l'impôt sur le chiffre d'affaires ou de l'impôt sur le chiffre d'affaires à l'importation correspondant au prix de vente de l'objet ou en cas de cession de location de prêt ou de transfert à titre gracieux à la valeur actuelle de l'objet doit être versée à l'administration fédérale des finances. Le montant de l'impôt à acquitter peut pour simplifier être calculé sur la base du taux de l'impôt en vigueur au moment de la cession de la location du prêt ou du transfert de l'objet.

2) Les marchandises importées par l'IME en exonération de droits de douane dans les conditions indiquées à l'article 4 du Protocole ne peuvent être cédées louées prêtées ou transférées à titre gracieux ou onéreux que si le bureau de douane compétent en a été préalablement informé et si les droits de douane correspondants ont été acquittés. Les droits de douane à verser sont calculés sur la base de la valeur actuelle de ces marchandises.

3) Si au delà des activités prévues au premier paragraphe l'IME acquiert des fournitures ou autres prestations de services celles-ci sont assujetties à l'impôt sur le chiffre d'affaires conformément aux dispositions de la législation allemande en vigueur, sans préjudice de l'article 23 du Protocole.

*Article 10. Exonération des taxes à l'importation pour les agents de l'IME*

Lorsqu'ils prennent pour la première fois leurs fonctions dans la République fédérale d'Allemagne les agents de l'IME et les membres de leur famille vivant à leur foyer sont exemptés du paiement des taxes à l'importation pour les marchandises en leur possession constituant leur déménagement. Il en va de même pour les véhicules automobiles mais lorsqu'ils sont importés de pays tiers seulement s'ils ont été utilisés six mois au moins avant leur importation par les agents de l'IME. Ces marchandises doivent en règle générale être importées dans un délai de douze mois après la première entrée de ces personnes dans la République fédérale d'Allemagne. Ce délai est prolongé en cas de demande justifiée. Si après avoir achevé leurs activités ces personnes réexportent les marchandises visées au présent paragraphe elles sont exonérées de toute taxe sur ces exportations (à l'exception des paiements au titre de prestations de services). Les privilèges visés au présent paragraphe sont assujettis aux conditions concernant le transfert de marchandises importées en exonération de droits dans la République fédérale d'Allemagne ainsi qu'aux restrictions d'importation et d'exportation en vigueur dans la République fédérale d'Allemagne.

*Article 11. Notification des nominations documents d'identité*

1) L'IME informe le Gouvernement de l'entrée en fonctions de tous ses agents et experts ainsi que de la cessation de leurs fonctions. En outre l'IME envoie chaque année au

Gouvernement une liste de tous ses agents et experts avec leurs noms et leurs adresses. Dans les deux cas il indique si les personnes en question sont ou non des ressortissants de la République fédérale d'Allemagne. Les données communiquées ne peuvent être utilisées que pour préciser la catégorie des personnes exemptées de l'autorisation de séjour et du permis de travail et permettre de fournir des informations aux autorités financières compétentes.

2) Le Gouvernement délivre sur la demande de l'IME aux agents étrangers et à tous les ressortissants étrangers membres de leur famille résidant à leur foyer une pièce d'identité personnelle avec le nom la date et le lieu de naissance la nationalité et le numéro du passeport ou de la carte d'identité nationale ainsi qu'une photographie et une signature.

3) La pièce d'identité visée au paragraphe 2 de l'article 11 ne constitue pas un document reconnu remplaçant le passeport et autorisant le passage de la frontière.

#### *Article 12. Permis de travail permis de séjour enregistrement obligatoire*

1) Les agents de l'IME exerçant leurs fonctions dans la République fédérale d'Allemagne leurs conjoints résidant à leur foyer et leurs enfants résidant à leur foyer âgés de moins de 21 ans ou dont l'agent assure la subsistance sont exemptés de l'obligation du permis de travail même s'ils ne possèdent pas la nationalité d'un Etat membre de l'Union européenne.

2) Les agents de l'IME et leurs conjoints leurs enfants ou autres membres de leur famille vivant à leur foyer et disposant de revenus propres suffisants ou dont l'agent assure la subsistance sont exemptés du permis de séjour et ne sont pas soumis aux dispositions relatives à l'enregistrement des étrangers à condition d'être détenteurs de la pièce d'identité visée au paragraphe 2 de l'article 11.

3) Les dispositions légales relatives à l'enregistrement auxquelles les ressortissants allemands sont également assujettis continuent de s'appliquer.

#### *Article 13. Droit d'affiliation au régime légal d'assurance maladie*

Les agents de l'IME qui ont cessé d'être membres du régime légal d'assurance maladie du fait de leur recrutement par l'IME peuvent adhérer à ce système en application de l'alinéa 5 du premier paragraphe de l'article 9 du cinquième livre du Code de la législation sociale s'ils reprennent un emploi dans un délai de deux mois après la fin de leur activité à l'IME. L'affiliation doit être notifiée à la caisse maladie dans un délai de trois mois après le début du nouvel emploi.

#### *Article 14. Coopération*

L'IME s'engage à coopérer à tout moment avec les autorités compétentes pour prévenir une utilisation abusive des privilèges exonérations immunités et allègements prévus dans le présent Accord.

*Article 15. Drapeau et emblème*

L'IME a le droit d'arborer son drapeau et d'apposer son emblème sur ses locaux et ses véhicules de service.

*Article 16. Statut du Président*

Le statut de diplomate avec les privilèges et immunités qui lui sont liés sont accordés au Président conformément à l'Accord de Vienne du 18 avril 1961.<sup>1</sup>

*Article 17. Modifications*

A la requête d'une des parties contractantes des consultations ont lieu sur l'application la modification ou l'élargissement du présent Accord.

*Article 18. Règlement des différends*

Lorsqu'un différend entre le Gouvernement et l'IME concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord ne peut être réglé directement par les Parties contractantes chaque Partie peut soumettre ce différend à la Cour de justice européenne conformément au paragraphe 4 de l'article 19 des Statuts.

*Article 19. Entrée en vigueur durée de validité*

1) Le présent Accord entrera en vigueur rétroactivement le 1er janvier 1994 dès que le Gouvernement aura notifié à l'Institut monétaire européen que les conditions de droit interne nécessaires pour l'entrée en vigueur sont remplies. Contrairement à la disposition de la première phrase les privilèges et immunités au sens des articles 29 à 31 de la Convention de Vienne du 18 avril 1961 sur les relations diplomatiques sont accordés à partir du premier jour suivant la notification.

2) Le présent Accord sera valable aussi longtemps que le Traité les Statuts et le Protocole seront en vigueur à l'égard de la République fédérale d'Allemagne.

En foi de quoi les Plénipotentiaires dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs ont signé le présent Accord.

Fait à Francfort-sur-le-Main le 12 septembre 1995 en deux exemplaires rédigés chacun en langue allemande les deux textes faisant également foi.

POUR LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE :

THEO WAIGEL

SCHÖNFELDER

POUR L'INSTITUT MONÉTAIRE EUROPÉEN :

A. LAMFALUSSY

---

1. Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 500, p. 95.

